

LÉGATION DE SUISSE
WASHINGTON 8, D. C. CB/ad

den 25. April 1945.

Politischer Bericht
Nr. 5.

R. 6. 5. 45

Herr Bundesrat,

Praesident Roosevelts Tod wurde im ganzen Lande als bedeutsames Ereignis empfunden und weckte in weiten Schichten der Bevoelkerung wirkliche Trauer. Das Bewusstsein, dass das Land einen grossen Staatslenker verloren hat, schien auch in den Reihen seiner Gegner aufzuflackern. Uebrigens haben auch die letzteren die hervorragenden Eigenschaften des Praesidenten kaum je ernstlich bezweifelt - sie haben nur bedauert, dass er nicht einer der ihren war. Respekt vor ihm war wohl auch der Grund fuer die durchaus wuerdige Haltung der Presse - eine seltene Erscheinung in diesem Lande.

Gar bald aber wandte sich das volle Interesse der Person des Vicepraesidenten Senator Truman zu, dem gemaess der Verfassung ohne besondere Wahl die Praesidentschaft zufiel. Es entspricht einem amerikanischen Charakterzug, alles Neue, Unbekannte, zunaechst freudig zu begruessen, und auch jedem neuen Magistraten eine "Chance" zu geben, sich zu bewaehren. In diesem Stadium ueberbieten sich Presse und Radio in harmlosen, ja freundlichen Toenen, indem sie durch Anekdoten, Wiedergabe von Aeusserungen etc.

b.w.

An das
Eidg. Politische Departement,

B e r n .



den Neuling dem Publikum interessant machen. Dazu eignet sich die Person des neuen Praesidenten vorzueglich, der aus den kleinsten Verhaeltnissen stammend es schliesslich zum angesehenen Senator brachte, trotz mangelnder Schulbildung und misslungenen geschaeftlichen Versuchen. Eine solche Laufbahn ist ein Wunschtraum jedes Kindes - vielleicht in Konkurrenz mit den Schaetzen von Ford oder Rockefeller.

Er gilt schon jetzt als der Praesident, der das Volk kennt, und der - und das ist hier ein besonderes Lob - auch so regieren wird, wie es der einfache Mann tun wuerde. (Hoffentlich stimmt das nicht ganz). Fuer die Amtsfuehrung ist aber weniger die Popularitaet beim Volke, als eine gute Einstellung des Parlamentes dem Praesidenten gegenueber von Bedeutung, und daran fehlt es nicht. Herr Truman ist besonders im Senate beliebt. Er hat sich durch seine Taetigkeit in Ausschuessen die Achtung seiner Kollegen erworben, gilt als intelligent und integer und ist seiner Partei ergeben. Seine Parteigaenger wissen, dass er versuchen wird, die mittlere Linie einzuhalten und die Gegensaeetze moeglichst zu versoehnen. (Diese Gewissheit fehlte inbezug auf Henry Wallace, weswegen die Parteileiter seine Wahl zum Vicepraesidenten letzten Sommer verhinderten).

Wenn demnach zu erwarten ist, dass der Praesident selber nach dem Gesetz des geringern Widerstandes handeln wird, wollen rechtsstehende Politiker - Demokraten und Republikaner - wissen, dass er sich eher zu ihnen, als dem

linken Fluegel naehern werde. Dies halte ich angesichts der gegenwaertigen innerpolitischen Machtverhaeltnisse nicht fuer wahrscheinlich. Ich moechte die letztern wie folgt beschreiben, mit der Bitte, Wiederholungen zu entschuldigen :

Die demokratische Partei ist keine geschlossene, festgefuegte Organisation, welche dem Willen des Praesidenten folgen wuerde, sondern ein Konglomerat von Gruppen mit vielfach divergierenden Interessen. Die Partei zusammenzuhalten verlangt grosses politisches Geschick. Herr Roosevelt hatte den linken Fluegel so sehr an seine Person zu haften gewusst, dass er, auch ohne politische Konsequenzen befuerchten zu muessen, gelegentlich auch auf die Wuensche des rechten Fluegels hoeren und besonders sich mit Mitarbeitern desselben umgeben konnte. Linksstehende hatten volles Vertrauen in ihn; konnten sich uebrigens garnicht von ihm abwenden, weil sie sich sonst isoliert und entmachtet haetten.

In der allerletzten Zeit hat sich nun das PAC (Political Action Committee), eine politische Gruppierung der zu verschiedenen Organisationen gehoerenden linksstehenden Arbeiter, so gefestigt, dass sie eine sehr starke, einheitliche Verhandlungsposition gewonnen hat. Das PAC ist aber nicht unbedingt an die demokratische Partei gebunden, sondern wuerde wohl bereit sein, mit den Republikanern zu gehen, falls ihm diese mehr Chancen boeten, als die demokratische Partei. Ein solcher Exodus wuerde die demokratische Partei in dem Masse schwaechen, dass ihre Niederlage bei den naechsten Praesidentschaftswahlen zu erwarten waere. Mr. Truman wird sich deswegen

b.w.

mit dem linken Fluegel nicht ueberwerfen koennen. Er wird somit wohl in erster Linie seinen Forderungen folgen muessen, was er, ohne eine gefaehrliche Abspaltung der konservativen Demokraten befuerchten zu muessen, tun kann, weil letztere nun auch nicht wuessten, wohin sie sich wenden sollten, wenn sie nicht zu den Republikanern uebergehen und damit ihre eigne Partei und damit alle daran gebundenen persoenlichen Interessen aufgeben wollen.

Darnach laege in den gegenwaertigen politischen Machtverhaeltnissen kein Grund fuer den Praesidenten, von der Richtung, die er bisher als Senator verfolgte und die ihn auf die Hoehe fuehrte, abzuweichen. Als Senator hat er bei wichtigen Entscheidungen - mit der Mehrheit der Demokraten - fuer die Massnahmen des New Deal gestimmt.

Dieser Politik liegt die Ueberzeugung zu Grunde, dass die Regierung verantwortlich ist fuer das wirtschaftliche Wohlergehen des "common man", dass sie ihm Arbeit verschaffen muss, wenn die Privatwirtschaft dies nicht tut; dass ihm ein Minimaleinkommen garantiert ist, handle es sich um Industrie-, Landarbeiter oder auch kleine Bauern. Dieses Ziel wird angestrebt durch ein Programm fuer oeffentliche Arbeiten, Beschraenkung der Arbeitszeit, Minimalloehne, Staerkung der Gewerkschaften, und ein Kontrollsystem fuer die Landwirtschaft zwecks Sicherung von Minimalpreisen. Seit dem Kriege ist zudem die Produktions-, Preis- und Geldmarktkontrolle sehr weit gediehen, mit dem Ergebnis, dass die

b.w.

Wirtschaftsfreiheit sehr stark eingeschränkt ist.

Diese Entwicklung ist wohl noch lange nicht am Ende und es ist auch nicht einzusehen, warum der neue Praesident sie jetzt angesichts der Aufgaben, welche die Demobilisierung und die Umstellung der Wirtschaft auf den Frieden der Regierung auferlegen wird, sie aufhalten oder gar hemmen wollte und koennte. Sogar rechtsstehende Republikaner wollen es nicht an der Rede haben, dass sie die bestehenden Einschränkungen der Wirtschaftsfreiheit etwa aufheben moechten "solange sie noetig sind".

So wird der innenpolitische Kurs sich vermutlich nicht wesentlich aendern, auch wenn, der Uebung folgend, der Praesident Umbesetzungen von Aemtern anordnen wird, um seine eignen Vertrauten um sich zu haben, oder Leute, die sich um seine Wahl verdient gemacht haben, zu belohnen.

Betreffend die zu erwartenden Aenderungen im Kabinett wird folgendes vermutet :

Wahrscheinlich wird Herr Stettinius bald durch einen anderen Secretary of State ersetzt. Er war, wie ich frueher schrieb, von Praesident Roosevelt hauptsaechlich wegen der Bereitwilligkeit, dem Willen des Meisters nachzuleben, ernannt worden. Herr Roosevelt wollte und konnte sein eigener Aussenminister sein. Anders Herr Truman, der sich auf diesem Gebiet nicht auskennt. Er wird also einen Secretary of State wuenschen, der ihn unterrichten und vielfach die Fuehrung uebernehmen kann. Ausserdem waere Herr Stettinius als Nachfolger des Praesidenten, als Secretary of State mangels eines Vicepraesidenten nicht erwuenscht. In erster Linie in Frage zu kommen scheint Mr. Byrnes,

- 6 -

der bisherige Director of War Mobilization, der aber kuerzlich als solcher demissioniert hatte. Er war in der letzten Zeit ein enger Berater des Praesidenten Roosevelt gewesen und hatte ihn auch nach Yalta begleitet. Er hat zwar kuerzlich erklart, er wuensche keine Staatsstelle, sondern wolle sich in seinen Heimatstaat South Carolina zurueckziehen; aber es ist zu vermuten, dass er, wenn ihn der Praesident auf den Posten des Secretary of State berufen will, nicht ablehnt.

Demissioniert hat Herr Morgenthau. Doch verlautet, der Praesident habe ihn gebeten, vorderhand noch zu bleiben, was geschehen werde. Wahrscheinlich solange, bis die in Bretton Woods angenommenen Vorschlaege betreffend Errichtung einer internationalen Bank und eines Waehrungsfonds vom Kongress behandelt sein werden. Falls er nachher zuruecktritt, werden ihm vermutlich auch seine Getreuen, Mr. Harry White und andere Beamte des Treasury Departments, welche durch intransigente Haltung unserer Nationalbank und den schweizerischen Banken viele Sorgen verursacht haben, folgen.

Wahrscheinlich wird auch Miss Perkins, Secretary of Labor, bald gehen, ebenso der Attorney General, Mr. Biddle, und der Postmaster^{General}. Ungewiss ist das Los des Ackerbauministers Wickard, waehrend die Minister fuer Armee und Marine, der Innenminister Ickes und Handelsminister Wallace fest in ihren Fauteuils zu sitzen scheinen.

Betreffend Aussenpolitik wird Mr. Truman ohne Zweifel vorderhand die bekannten Plaene Roosevelts

b.w.

verfolgen, also die Verwirklichung der Vorschlaege von Dumbarton Oaks, die Errichtung von Ausgleichungsfonds und einer internationalen Bank, die Herabsetzung der Zoelle anstreben. Die Aussichten, dass er die dafuer noetige Zustimmung des Parlaments durchsetzt, sind sogar etwas guenstiger als unter Praesident Roosevelt, da in der letzten Zeit viele Parlamentarier dem Praesidenten zuleide opponierten; denn waehrend seiner ausserordentlich langen Amtsausuebung haeuften sich persoenliche Animositaeten an und damit die Widerstaende. Jetzt wollen alle den guten Willen zeigen und mit dem neuen Praesidenten auf gutem Fusse stehen.

Herr Truman scheint ein gewissenhafter, fleissiger, zuverlaessiger Mann zu sein. Er ist der typische bessere Senator aus dem Mittelwesten, mit dem stereotypen amerikanischen Laecheln. Er wird so mit dem Kongress und den Parteien zusammenarbeiten, wie dies zu Friedenszeiten vor der Aera Roosevelt ueblich war.

Wenn er aber die Fuehrung zu kuenftiger internationaler Zusammenarbeit nicht uebernehmen kann und nach Kraeften betreibt, besteht die Gefahr, dass die Vereinigten Staaten, trotz allen guten Anfaengen, bald ihre eignen Wege gehen, denn es ist ja nicht einmal Mr. Roosevelt, der sich mit seiner ganzen Kraft gegen den Isolationismus wehrte, gelungen, ihn dauernd zu besiegen.

b.w.

- 8 -

Die Luecke, die der verstorbene Praesident hinterlaesst, duerfte mit der Zeit mehr und mehr, besonders von uns Europaeern, empfunden werden. Denn seine Persoenlichkeit gab Sicherungen und Hoffnungen, die jetzt fehlen.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Augguerru